



Wieder einmal - "Gemeinsame Außenpolitik"

sp - Der Bundeskanzler hat in Essen vor Kommunalpolitikern der CDU eine Rede gehalten, in der eigentlich nur ein Abschnitt von Interesse ist. Er bedauerte, daß die Sozialdemokratie in außenpolitischen Fragen nicht mit der Bundesregierung zusammenginge, verwies in einem Nebensatz auf das "Beispiel Berlin", nannte die außenpolitische Lage wieder einmal "außerordentlich kritisch und gefährlich" und versetzte dann gleich hinterher der SPD einen Fußtritt mit der Behauptung, daß die Bundesrepublik nach einem sozialdemokratischen Wahlsieg "todsicher in absehbarer Zeit ein kommunistisch regiertes Land" sein würde.

Die Bemerkung über die "gemeinsame Außenpolitik" ist zwar auch nicht neu, gewinnt aber dadurch an Bedeutung, daß der Bundeskanzler in letzter Zeit sehr unsicher geworden ist. Er weiß, daß man in Washington seine Unbeweglichkeit und den Verzicht auf deutsche Initiativen zur Entspannung mit wachsendem Mißbehagen registriert, und er weiß auch, daß sein "Freund de Gaulle" von der NATO-Politik und den damit in Zusammenhang stehenden Problemen der europäischen Politik ganz andere Vorstellungen hat als er, der Bundeskanzler selbst. Adenauer weiß außerdem, daß seine Politik der sogenannten Stärke in eine Sackgasse geraten ist, aus der herauszukommen es schwierig sein dürfte.

Deswegen sucht Herr Adenauer in der Bundesrepublik selbst Bundesgegner. Er möchte die Schuld für das Versagen seiner Politik nicht allein tragen, sondern einen Komplizen hinter seinen Karren spannen, der genau so wie die Bundestagsfraktion seiner eigenen Partei zu allem Ja und Amen sagt, was aus dem Bundeskanzleramt kommt.

Natürlich hütet sich Dr. Adenauer zu sagen, welche gemeinsame Außenpolitik er anstrebt. Im Ernst glaubt er nämlich nicht daran, daß irgendjemand in der Bundesrepublik - außer der Mehrheit seiner politischen Freunde, die mit ihm auf Gedeih und Verderb verbunden sind - bereit sein könnte, für die von ihm selbst geschaffene Konkursmasse seiner Politik in der Frage der deutschen Wiedervereinigung und Entspannung in Europa mitverantwortlich zu zeichnen. Deswegen ist er auch in Essen vage geblieben und hat sich damit begnügt, eine Fata Morgana vor seine Zuhörer zu stellen, sie vor den Realitäten abzulenken und so zu tun, als gäbe es "andere Sozialdemokraten" - die in Berlin -, die seiner Werbung geneigt zu sein scheinen.

Tatsache ist jedoch, daß Dr. Adenauer in Berlin genau das gesagt hat, was nicht er, sondern die deutsche Sozialdemokratie seit langem

zum Berlin-Problem erklärt.

Erinnern wir uns an die Tagung des Atlantikrates kurz vor Weihnachten 1958 in Paris. Damals war es Willy Brandt, der an Ort und Stelle und zum Leidwesen mancher bundesrepublikanischen Delegationsmitglieder die Meinung vertrat, man dürfe das Berlin-Problem bei kommenden internationalen Verhandlungen nicht isoliert erörtern, sondern müsse es in den Rahmen des Problems der Deutschland-Frage und der europäischen Sicherheit stellen. Willy Brandt hat damals genau den Standpunkt vertreten und vor dem internationalen Forum des Atlantikrates durchgesetzt, der dem vom Parteivorstand der SPD wenige Tage vorher einem einstimmig gefaßten Beschluß entsprach.

Später, während der Genfer Außenminister-Konferenz im Sommer 1959 hat Willy Brandt wiederum darauf gedrungen, daß die Berlin-Frage nicht isoliert erörtert wird. Alle Äußerungen Adenauers zur Lösung des Berlin-Problems haben also ihren Ausgangspunkt in den Vorschlägen, die von der deutschen Sozialdemokratie in Form von Beschlüssen von Anfang der Berlin-Krise an niedergelegt worden sind und die der Regierende Bürgermeister Berlins, Willy Brandt, in seiner bekannten Fünfpunkte-Erklärung vor dem Berliner Senat noch einmal aktualisiert und verdichtet hat.

Es ist deshalb ein unsinniger Versuch, einen Keil zwischen die Berliner Landesorganisation der SPD und die Sozialdemokratie im Bundesgebiet treiben zu wollen. Wenn die Berliner Abgeordneten den Ausführungen des Bundeskanzlers Beifall gezollt haben, dann, um ihn deutlich zu machen, wie sehr sie sich darüber freuen, daß der alte Herr "an der Front" - wie er in Essen sagte - Vorschläge zur Lösung des Berlin-Problems vertreten hat, die jeder Sozialdemokrat kennt und von denen er wünscht, daß sie von der Bundesregierung auch in der Bonner Etappe und auf internationalen Konferenzen vorgebracht werden mögen.

Die Inkonsequenz, um nicht direkt zu sagen, Unehrlichkeit, des Bundeskanzlers manifestiert sich jedoch wieder in der schon zum Überdruß von ihm aufgestellten Behauptung, daß die Bundesrepublik nach einem Wahlsieg der SPD "todsicher in absehbarer Zeit ein kommunistisch regiertes Land" sein würde. Hier haben wir den alten Adenauer wieder, dem nichts zu primitiv ist, um einen Keil zwischen die beiden größten politischen Gruppen unseres Volkes zu treiben; auch dann nicht, wenn er in einem Satz vorher von der Notwendigkeit einer "gemeinsamen Außenpolitik" gesprochen hat.

Galgenfrist für die Regierung Segni

P.E., Rom

Man wird die innerpolitischen italienischen Verhältnisse kaum verstehen, solange man von der Annahme ausgeht, die Democrazia Cristiana sei wirklich eine einheitliche Partei. Das ist sie wohl bis zu einem gewissen Grad zu den Zeiten de Gasperis tatsächlich gewesen, seither aber hat sie sich längst in zwei Lager aufgespalten, von denen das eine aus überzeugten Anhängern eines Rechtskurses, das andere aus ebenso überzeugten Anhängern eines Linkskurses besteht und die nur mit großer Mühe von dem außerordentlich geschickten Parteisekretär Moro der Form halber noch beisammengehalten werden. In Wirklichkeit haben wir es hier nicht mit einer, sondern mit zwei Parteien zu tun, die ungefähr gleich stark sind und von denen jede durchaus bereit und in der Lage wäre, mit den entsprechenden anderen Parteien ähnlicher Gesinnung ein Bündnis einzugehen, also der rechte Flügel mit den Rechten-, der linke mit den Linksparteien.

Die Regierung des christlich-demokratischen Ministerpräsidenten Segni, die nun schon seit etwa Dreivierteljahren im Amte ist - für Italien nicht gerade wenig - stellt ihrerseits ein eigenartliches Kompromiß dar. Zwar stützt sie sich im Parlament auf eine Mehrheit, deren unerläßliche Elemente die Rechtsparteien, also Monarchisten, Liberale und Neufaschisten sind, aber Segni behauptet immer wieder, sein Programm sei ein Linksprogramm, und tatsächlich sind eine Reihe von Gesetzen von Segni eingebracht und vom Parlament genehmigt worden, die noch auf die Ära Fanfani zurückreichen, damals aber keine Mehrheit fanden. Es gehören auch einige Fanfanianer der Regierung Segni an, und gerade dieser Umstand macht diese Regierung für Krisen außerordentlich anfällig, denn die fanfanianischen Minister können eine solche jederzeit durch ihren Rücktritt erzwingen.

Der Linksflügel der Democrazia Cristiana, also vor allem die Fraktion Fanfanis, ist schon seit Längem mit dem bestehenden Zustand einer Rechtsregierung mit Linkskurs oder wie immer man das nennen mag, alles andere als einverstanden und drängt auf eine Klärung, das heißt auf eine Regierungskrise und eine Regierungsbildung. Die führende Persönlichkeit in dieser Aktion und der voraussichtliche Chef einer künftigen Linkskoalitionsregierung ist der gegenwärtige Bilanz- und Schatzminister Tantroni.

Dieser war es auch in erster Linie, der Segni gerade jetzt bei den Diskussionen über den sogenannten "Grünen Plan", das heißt eine groß-angelegte Finanzhilfe für die Landwirtschaft, die größten Schwierigkeiten bereitet hat. Auf Drängen des Führers der christlich-demokratischen kleinen Landwirte Paolo Bonomi hat Segni, der Bonomi und dessen Wählerschaft in hohem Maße verpflichtet ist, vor kurzen im Ministerrat einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die Aufwendung von 500 Milliarden Lire - rund dreieinviertel Millionen Deutsche Mark - in fünf Jahresraten zu 100 Milliarden für die Zwecke der Landwirtschaft vorsah. Dieser Plan ging nun keineswegs widerspruchslos durch den Ministerrat, stieß vielmehr in diesem auf den erbitterten Widerstand der fanfanianischen Minister, die darin bloß ein Geschenk an eine gegnerische Fraktion erblickten. Insbesondere erklärte Tambroni rurdweg, er sehe nicht, wie diese 500 Milliarden im Staatshaushalt untergebracht werden sollten, es sei denn durch Einsparungen in anderen Ressorts. Dessen aber widersetzten sich wiederum die übrigen Minister mit Klauen und Zähnen.

Dieser Konflikt um den "Grünen Plan" hätte wahrscheinlich allein schon zu einer Regierungskrise geführt, stünde nicht die Reise des Staatspräsidenten Gronchi nach Moskau bevor. Diese Reise gilt allgemein als ein politisches Ereignis von größter Wichtigkeit, und alle Parteien sind sich darüber einig, daß eine innerpolitische Klärung erst nach der Rückkehr Gronchis aus Moskau erfolgen sollte. Die Tatsache nun, daß Gronchi infolge einer Grippe seine Reise um etwa drei Wochen verschieben mußte, bedeutete für Segni eine höchst willkommene Galignanfrist. Denn wie gesagt, erst nach der Rückkehr Gronchis aus der sowjetischen Hauptstadt glaubt man die wirklichen Chancen einer innerpolitischen Entspannung richtig überblicken zu können, um eine Neubildung der Regierung unter Anlehnung an die Linke statt an die Rechte ins Auge zu fassen.

Im Februar aber stehen bereits die Gemeindewahlen beinahe in ganz Italien unmittelbar bevor, denen eine große politische Bedeutung zukommt. Sie können natürlich nicht im Augenblick einer Regierungskrise stattfinden, so daß diese dadurch automatisch schon wieder um einige Monate hinausgeschoben erscheint. Das ist auch insofern günstig, als diese Gemeindewahlen zeigen werden, bis zu welchem Grad die Wählerschaft das Gleichgewicht nach links oder nach rechts verlagert hat.

Dann aber nähern sich bereits wieder die Sommerferien des Parlaments, und was nach diesen im Herbst geschehen wird, darüber gerbricht sich heute mit Recht noch niemand den Kopf. Tatsächlich kann ja auch kein Mensch voraussehen, wie sich die innen- und außenpolitische Lage bis dahin entwickelt haben wird.

Peinliche Fragen

mu. - Noch bevor sich der Professor und ehemalige SS-Obersturmbannführer Heyde in Frankfurt seinen Richtern wegen seiner maßgeblichen Mitverantwortung für das "Euthanasie-Mörderprogramm" Hitlers zu verantworten haben wird, sollen uns zwei Verfahren einen Einblick in den Kreis jener Leute verschaffen, die da seit langem wußten, daß der steckbrieflich gesuchte Heyde in Wirklichkeit der hochangesehene und viel beschäftigte Obersgutachter Dr. Sawade aus Flensburg war.

Bereits Anfang nächsten Monats soll Heyde in Kiel vor dem Untersuchungsausschuß des Schleswig-Holsteinischen Landtages öffentlich aussagen, wem er denn nun alles "gebeichtet" hat, daß Sawade sein falscher Name war. Die dreizehn Abgeordneten des Parlaments wünschen von ihm eine Antwort auf die Frage, welche Beamte, öffentlich Bedienstete und Personen des öffentlichen Lebens haben seit langem gewußt, daß Professor Heyde mit Dr. Sawade identisch war, daß das angebliche Dr. Sawade einen falschen Namen trug und daß Professor Heyde sich in Schleswig-Holstein befand. Ferner soll Heyde selbst aussagen, welche Personen ihn darauf aufmerksam gemacht haben; daß eine Aufklärung über seine Person bevorstand und wie es möglich war, daß er unter dem Namen Dr. Sawade eine Gutachter Tätigkeit ausüben konnte.

Der von den Sozialdemokraten geforderte Untersuchungsausschuß hat sich in Kiel konstituiert. Es ist zu begrüßen, daß er sich entschloß, Heyde aus Frankfurt nach Kiel zu seiner Aussage in den Großen Konferenzsaal des Landeshauses zu holen. Wenn auch die Sonderstaatsanwälte in Schleswig-Holstein noch immer den Kreis der Mitwisser ermitteln und Ministerpräsident von Hassel ihn mit 20 bezeichnete, so wird doch Heyde möglicherweise detailliert und unter Eid berichten, welchen hochgestellten Leuten er sich bereits seit Jahren offenbart hat.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß setzt sich aus sechs Abgeordneten der CDU und einen der FDP zusammen. Beide Parteien bilden die Regierungskoalition in Kiel. Ferner gehören ihm vier Abgeordnete der SPD und je einer von SSW und BHE an. Zum Vorsitzenden wurde der CDU-Abgeordnete Dr. Rohloff und zu dessen Stellvertreter der SPD-Abgeordnete Adler gewählt. Man sollte aber die Ausschubarbeit nicht unter

dem Blickwinkel Regierungsparteien - Oppositionsparteien sehen. Der erste Eindruck von der konstituierenden Sitzung und ein Blick auf die Lebensläufe der dreizehn Ausschußmitglieder läßt jedenfalls den Schluß zu, daß man bemüht sein wird, den Kreis der Mitwisser auch dann aufzubrechen, wenn das vielleicht politische Peinlichkeiten zur Folge haben könnte.

Bereits am 21. Januar findet in Frankfurt eine Beweiserhebung mit prominenten Beamten aus Schleswig-Holstein zur Widerklage der "Frankfurter Rundschau" gegen die Landesregierung von Schleswig-Holstein mit Ministerpräsident von Hassel (CDU) an der Spitze statt. Durch diese Klage soll Ministerpräsident von Hassel untersagt werden, weiterhin zu behaupten, die in einem Artikel der Zeitung vom 20. November 1959 getroffenen Feststellungen seien eine "böswillige Erfindung" und "verleumderisch". Es geht dabei um die Frage, ob selbst von Hassel und sein Kultusminister Osterloh (CDU) seit mehreren Monaten wußten, daß Sawade in Wirklichkeit Heyde war, ein Eindruck, den die Zeitung aus den Mitteilungen des Kieler Universitätsprofessors Reinwein bekommen konnte.

Die 3. Zivilkammer des Frankfurter Landgerichts möchte nun am 21. November wissen, was da am 6. Juli in den Räumen des Ministerpräsidenten von Hassel im Beisein von Minister Osterloh, Professor Reinwein und dessen Anwalt Dr. Hagedorn gesprochen worden ist. Es geht ferner um spätere Unterredungen, die zwischen dem Ministerialdirektor a.D. Dr. Delbrück, dem Leiter des Landesgesundheitsamtes Dr. Heigl, Reinwein und anderen im Verfolg der Sitzung vom 6. Juli in der Angelegenheit Heyde/Sawade geführt worden sind. Mit Ausnahme der beiden Kabinettsangehörigen sollen die Genannten mit dem Chef der Landeskanzlei, Ministerialdirektor Specht, an der Spitze jetzt in Frankfurt aussagen. Auch hier werden wir bereits einen ersten Einblick in die böse Mitwisserschaft noch vor Beginn des Strafprozesses gegen Professor Heyde bekommen.

19. Januar 1960

Wirtschaftsmacht und Politik

sp - Das Deutsche Industrie-Institut in Köln, das die Interessen der Industrie publizistisch vertritt, hat Industriefirmen einen Brief mit folgendem Wortlaut zukommen lassen:

"Sehr geehrte Herren!

Die Sozialdemokratie verstärkt angesichts der nächsten Bundestagswahl ihre nicht ungeschickte Propaganda. (Von dem Godesberger Programm mit dem für den ungeübten Beobachter verfänglichen marktwirtschaftlichen Vokabeln hat die SPD inzwischen über 1 Million Exemplare verteilt). - Die Gewerkschaften haben bisher für 4,5 Millionen Arbeitnehmer Tarifrückführungen ausgesprochen und dadurch die sozialen Spannungen verstärkt.

In der Vergangenheit hat es sich gezeigt, daß die öffentliche Meinung nicht nur bei politischen Ereignissen wie Wahlen, sondern auch bei sozialen Auseinandersetzungen einen wesentlichen Einfluß ausübt.

Aus diesem Grunde unterbreiteten wir Ihnen im November vorigen Jahres den Vorschlag, sich einer Patenschaftsaktion anzuschließen, durch die den meinungsbildenden Schichten des Bürgertums wie Ärzten, Rechtsanwälten, Richtern, Lehrern und Geistlichen ständig der Unternehmerbrief des Deutschen Industrie-Institutes zugestellt werden soll. Erfolgreicherweise haben sich zahlreiche Unternehmen entschlossen, fünf und mehr Patenschaften zu übernehmen, um Persönlichkeiten, die durch ihren Beruf mit weiten Bevölkerungskreisen in Berührung kommen, mit dem Gedankengut des Unternehmertums vertraut zu machen.

Da wir bisher noch keine Antwort von Ihnen erhielten, gestatten wir uns, Ihnen erneut den Beitritt zu dieser Patenschaftsaktion nahezu legen.

Eine Bestellkarte fügen wir bei.

Mit freundlichen Grüßen  
DEUTSCHES INDUSTRIE-INSTITUT  
(Dr. Mansfeld)"

Dieses Schreiben hat der stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Waldemar von Knoeringen, wie folgt beantwortet:

"Immer wieder hat in den vergangenen Jahren die SPD darauf hingewiesen, daß einflußreiche Wirtschaftsgruppen dank ihrer großen Finanzmittel die öffentliche Meinung weit über ihren eigenen Bereich hinaus beeinflussen. Der Brief des Deutschen Industrie-Instituts ist dafür ein erneuter Beweis. Neben Ärzten und Rechtsanwälten will das Industrie-Institut mit Hilfe von Finanzspenden selbst Richter, Lehrer und Geistliche in ihrer Beurteilung politischer Vorgänge beeinflussen, um so die Interessen der Industrie durchzusetzen.

Zweifellos bestätigt dieser Brief des Industrie-Instituts die Richtigkeit der im neuen SPD-Grundsatzprogramm erzielbaren Forderung:

"Wirksame öffentliche Kontrolle muß Machtmißbrauch der Wirtschaft verhindern.... Eine weitgehende Publizität muß der Öffentlichkeit Einblick in die Machtstruktur der Wirtschaft und in die Wirtschaftsgebarung der Unternehmen verschaffen, damit die öffentliche Meinung gegen Machtmißbrauch mobilisiert werden kann."

Daß das Deutsche Industrie-Institut in Köln, in diesem Fall als Sprecher wichtiger Wirtschaftsgruppen, über den Erfolg des neuen SPD-Grundsatzprogramms beunruhigt ist - nicht zuletzt wegen der von mir zitierten Sätze dieses Programms -, zeigt deutlich, wie scharf die SPD mit ihrem neuen Grundsatzprogramm vom Wähler nicht legitimiert, aber politisch einflußreiche Wirtschaftsgruppen an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen hat."

+ + +

Verantwortlich: Günter Markschöffel